

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M.,
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-
bezug. B. Stellung bei allen Post-
stellen. Reichsdruckerei Berlin S. 59.
Urbanstr. 63 I. Fernr.: 9791. 9653.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Zeile 90 Pf.;
für Verbandsmitglieder 60 Pf.;
Stellenangebote 60 Pf.; Beram-
mungsanzeigen 10. 30 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 21.

Berlin, den 19. Mai 1918.

34. Jahrgang.

Zukunftspingsten.

Ein Blutschleier hat sich über die Welt gelegt. Der Haß macht die Völker blind und sie verstehen einander nicht mehr. Sie reden alle in fremden Zungen und kein heiliger Geist senkt sich auf sie hernieder, der sie befähigt, die anderen zu verstehen. Doch keines unter allen Völkern ist so geschmäht und so verachtet als das deutsche Volk. Und auch seine Arbeiterklasse ist wie keine von denen herabgewürdigt worden, die ehemals mit Brudergruß gern Rat und Hilfe von ihr in Anspruch nahmen.

Und doch ist das deutsche Volk ein gutes, fleißiges und friedliches, und die deutsche Arbeiterklasse braucht sich wahrlich ihrer vaterländischen Haltung während des Krieges nicht zu schämen. Es werden andere Pingsten kommen, wo der Blutschleier verschwunden sein wird, wo

Deutschland und sein tüchtiges Volk auch von denen gerecht beurteilt werden, die sich jetzt in Schmähungen nicht genug tun können. Viel hat die Menschheit an Deutschland gesündigt, es soll ihr vieles vergeben werden, wenn sie anerkennen wird, daß auch das deutsche Volk gleich den anderen das Recht auf ein Leben hat, das ihm die Auswirkung aller seiner Fähigkeiten ermöglicht und ihm die Früchte seines Fleißes ernten läßt.

Darum Kopf hoch! Nicht betteln und bitten, sondern im Kampf um dieses Lebensrecht mutig gestritten!

Zukunftspingsten werden kommen, wo im wesenlosen Scheine die Gegenwart hinter uns liegen wird, wo der Mensch dem Menschen die Bruderhand reicht, trotz alledem und alledem.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Jubilare des Verbandes. Nachdem nun allen in dem Nr. 18 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Verzeichnis der Verbandsjubilare namentlich aufgeführten Mitgliedern die übliche Jubiläumsgabe — ein mit entsprechendem Widmungsblatt versehenes Exemplar der „Geschichte des deutschen Buchbinderverbandes“ — überreicht wurde, soll auch ferner allen nach dem 1. Mai 1893 eingetretenen Mitgliedern, sobald sie mindestens 25 Jahre ununterbrochen dem Verbandsangehörigen, die gleiche Anerkennung zukommen. Die Uebergabe soll möglichst am gleichen Datum des vor 25 Jahren erfolgten Eintritts erfolgen. Um nun auch allen hierfür in Betracht kommenden Mitgliedern diese Jubiläumsgabe immer rechtzeitig zustellen zu können, ist es notwendig, daß uns deren Namen und genaues Eintrittsdatum schon einige Wochen vorher mitgeteilt werden.

Wir ersuchen daher die Bevollmächtigten aller Gane und Zahlstellen, nach den Enttragungen in ihrer Mitgliederliste festzustellen, welche von den am Ort befindlichen Mitgliedern für diesen Zweck in Betracht kommen und uns deren genauen Vor- und Zunamen und Eintrittsdatum immer rechtzeitig zu melden.

Die im Jahre 1893 eingetretenen Mitglieder ersuchen wir, schon jetzt den Bevollmächtigten ihrer Zahlstelle von ihrem bevorstehenden Verbandsjubiläum Kenntnis zu geben, damit keinem unserer alten Kollegen und Kolleginnen die durch ihre langjährige treue Mitgliedschaft wohlverdiente kleine Anerkennung vorenthalten bleibt.

Die Beiträge für die Unterstützungskasse der Funktionäre haben für das Jahr 1918 noch nicht an die Verbandskasse eingekandt folgende Zahlstellen bzw. Gane: Potsdam, Tilsit, Müßtringen-Wilhelmshaven, Braunschweig, Grunert, Gera, Jena, Sonneberg, Weihenfels, Aachen, Düsseldorf, Duisburg-Ruhrort, Hagen, Solingen, Hanau, Wiesbaden, Plauen, Freiburg,

Lahr, Straßburg, Gau 16, Nürnberg-Fürth, Regensburg und Würzburg.

Da die Beiträge bereits am Anfang des Jahres fällig waren, erwarten wir umgehende Bezahlung. Nach dem Mitgliederstand Ende 1917 berechnet, sind für ein männliches Mitglied 10 Pf. und für ein weibliches 5 Pf. zu entrichten.

Der Verbandsvorstand.

Carifgemeinschaften und Carifgemeinschaftsbeitreibungen im graphischen Gewerbe.

Die Carifgemeinschaft der Buchdrucker besteht nun fast ein halbes Menschenalter ununterbrochen und unser jüngerer Geschlecht betrachtet sie als etwas von selbst Gegebenes, als etwas, das gar nicht anders sein kann. Und doch hat auch die Carifgemeinschaft der Buchdrucker ihre jahrzehntelange Sturm- und Drangperiode gehabt, ist sie erst unter schweren Geburtswehen nach und nach entstanden. Auf Unternehmerseite wurde sie lange Zeit als lästige Einrichtung, als mit in den Kauf zu nehmendes notwendiges Übel des geschäftlichen Betriebs betrachtet, das man bei passender Gelegenheit und wenn sonst die Umstände es gestatteten über Bord zu werfen sich nicht zu scheuen brauchte. Sonderliche Mühe zur Ausbreitung des Tarifs über ganz Deutschland gab man sich in jener Zeit seitens der Arbeitgeberseite nicht, und so kam es, daß in manchen mehr ländlichen Gegenden Deutschlands der Tarif nur sehr unvollkommen eingeführt bzw. wirklich anerkannt war oder, wie besonders in Rheinland-Westfalen, durch Sondertarife bzw. einseitige Sonder-einrichtungen der Unternehmer nur halb und halb Geltung erlangte.

Seit 1896, wo die seit dem großen Buchdruckerstreik 1891/92 aufgehobene Carifgemeinschaft erneuert wurde, haben sich freilich die Verhältnisse bedeutend geändert, und zwar je mehr zum Guten, je größer die Mitgliederzahl des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wurde. Es ist nämlich im Buchdruckgewerbe genau wie in allen anderen Gewerben: die Liebe zur Carifgemeinschaft steigt und fällt in der Arbeitgeberseite mit dem Steigen und Fallen der Kraft der organisierten Arbeiterschaft. Das sieht man nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch

bis in die neueste Gegenwart sowohl in allen übrigen Gewerben als auch im Buchdruckgewerbe.

Das ist die Wahrheit, welche sich besonders diejenigen unter unseren Kollegen einprägen wollen, die da meinen, es hinge hauptsächlich von dem Einbringen gutdurchdachter Anträge und von ihrer geschickten Vertretung bei den bezüglichen Verhandlungen ab, um eine Carifgemeinschaft für das ganze Reich ins Leben zu rufen.

O nein! Wenn es allein darauf ankäme, so müßten die Buchdrucker-Hilfsarbeiter schon längst eine Reichs-carifgemeinschaft haben, was bekanntlich leider nicht der Fall ist. Der Verband der Hilfsarbeiter hat sich fortgesetzt die größte Mühe gegeben, zu einer solchen Carifgemeinschaft zu kommen, bisher aber ohne durchgreifenden Erfolg. Denn was als Vereinbarungen zwischen dem Hilfsarbeiterverband und dem Deutschen Buchdruckerverein besteht — „Allgemeine Bestimmungen über Obliegenheiten, Arbeitszeit und Entlohnung des Buchdrucker-Hilfspersonals“ —, entspricht so wenig dem Wesen einer Carifgemeinschaft, daß sie nur als lose Richtlinien für den Abschluß örtlicher Vereinbarungen angesprochen werden können. Deshalb verlangen die Hilfsarbeiter immer leidenschaftlicher den Abschluß einer wirklichen Carifgemeinschaft oder die Einbeziehung in die Carifgemeinschaft der Buchdrucker. Ihr am 16. Juni und folgender Tage in Berlin stattfindender Verbandstag wird sich daher auch nach dem üblichen Geschäfts- und Kassenbericht als zweiten Punkt mit „Tarif- und Lohnfragen“ beschäftigen.

Hierbei finden sie Unterstützung im Buchdrucker-Verbande. Schon am 10. November 1917 brachte der „Korrespondent“ an leitender Stelle einen Aufsatz über die „Regelung des Arbeitsverhältnisses der Hilfsarbeiter und Faktoren“, der klipp und klar für die Aufnahme der Faktoren und Hilfsarbeiter in die Carifgemeinschaft eintrat. Dieß es doch zum Schluß des sehr bemerkenswerten Aufsatzes:

... Wir hatten die Aufnahme der Faktoren sowohl wie der Hilfsarbeiter in die Carifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker nicht nur für möglich, sondern auch für geboten! Deshalb möchten wir in erster Linie der Prinzipalkität dringend nahelegen, ihr Interesse an unserer Carifgemeinschaft durch eine dementsprechende baldige Entschließung von neuem zu bekräftigen. Ernstliche Hindernisse stehen dem bestimmt nicht entgegen. . . .

Und am 9. Mai erschien in Nr. 54 des „Korrespondent“ abermals ein Leitartikel: „Zur Tariffrage der Hilfsarbeiter“ überschrieben, der in ebenso entscheidender Weise das gleiche Verlangen stellte und den Prinzipalpalen manche glatte Bahnen zu weisen gab. So wird u. a. darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber, 1906 selbst den Wunsch geäußert hätten, der Buchdruckerverband möge dahin wirken, daß auch mit dem Hilfspersonal ein Tarifverhältnis zustande komme. Der Grund hierfür sei allerdings darin zu suchen gewesen, daß die Arbeitgeber glaubten, damit der vielen örtlichen Bewegungen der Hilfsarbeiter überhoben zu sein. Nach den bittersten Erfahrungen während des Weltkrieges sollte eigentlich die Arbeitgeber selbst zu einer Regelung drängen. Nämlich zum Schluß wird sodann ausdrücklich die Hebereiinstimmung mit dem Verleger des Novemberartikels über die Einbeziehung in die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker bekräftigt und anknüpfend daran erklärt:

„Wenn wir wahrnehmen, daß seit der Oktobertagung des Tarifausschusses die Sache wiederum nicht vom Fleck gekommen ist, in Leipzig sich vielmehr in Fortsetzung unerfreuliche Vorgänge abgepielt haben, drängt sich uns der fatale Vergleich auf, daß die Tarifgemeinschaft für die Hilfsarbeiter in Prinzipalstädten behandelt wird wie das gleiche Wahlrecht von den Großagariern und Schwerindustriellen für Preußen, ohne welches man aber im großen Deutschen Reich nicht existieren kann, wie in unserem Fall umsonst die Prinzipalität sehr wohl weiß, daß sie ohne Tarifgemeinschaft mit den Buchdruckergehilfen selbst den Boden unter den Füßen verlieren würde.“

Es drängt sich hierbei der Gedanke unwillkürlich auf, ob nicht wir Buchbinder anteilig werden könnten an der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Sind doch einer ganzen Reihe der großen und größten graphischen Betriebe in Deutschland Buchbindereibteilungen, manchmal von sehr beträchtlicher Größe, angegliedert. Haben doch auch schon verschiedene Arbeitgebervereinigungen, in denen Buchdruckerbesitzer vorherrschend sind oder doch mindestens einen großen Einfluß besitzen, bei Abschluß einiger unserer Tarifverträge ausdrücklich auf einen gleichlaufenden Ablaufstermin mit dem des Buchdrucker-Tarifs bestanden, und sind weiter bestrebt gewesen, in bezug auf Arbeitszeit und andere Dinge eine möglichst Hebereiinstimmung herbeizuführen, soweit das ihrem Nutzen entsprach, während sie allerdings betreffs der Mindestlöhne, je nachdem, nicht immer für Gleichmäßigkeit schwärzten.

Unser Leser wird davon unterrichtet, daß in der gemeinsamen Sitzung mit dem Verbands Deutscher Buchbindereibitzer zu Leipzig am 18. März d. J. grundsätzlich von beiden Vertragspartnern eine Ausbreitung unserer Tarifgemeinschaft beschlossen und zu deren Ausführung eine besondere, gleichmäßig zusammengesetzte Kommission eingesetzt wurde. Unser Verbandsvorstand ist seitdem nicht müßig gewesen und hat sich wiederholt angelegentlich mit der Sache beschäftigt. Von unserer Seite ist ein begründeter „Entwurf für den Ausbau der Tarifgemeinschaft für das Buchbindergewerbe“ dem Tarifausschuss eingereicht worden, der den Beratungen der Ortsgruppen des Buchbindereibitzerverbandes unseres Wissens unterbreitet worden ist. Solche Sachen bedürfen natürlich der eingehenden Prüfung in ihren Einzelheiten und es ist daher kein Vorwurf gegen den Verband Deutscher Buchbindereibitzer zu erheben, wenn er nach zu keiner endgültigen Beschlußfassung gekommen zu sein scheint. Viel weniger darf ein Vorwurf gegen die eingesezte Kommission erhoben werden, daß sie noch nicht gelang hat, da sie erst einigermaßen Klarheit muß wie man im Arbeitgeberlager zu der grundsätzlichen Stellungnahme seiner Vertreter sich verhält und welche Ansichten bezüglich der Einzelheiten des Ausbaus der Tarifgemeinschaft geäußert werden. Wenn wir somit auch nicht zur unangebrachten Eile anspornen, so müssen wir doch andererseits vor einer gewissen „langen Bank“ warnen, auf die man leicht unbequeme oder schwierige Sachen zu schieben pflegt. Eile mit Weile dürfte in der vorliegenden Sache durchaus angebracht sein, wobei der Nachdruck mehr auf Eile als auf Weile zu legen ist.

Ohne unhöflich oder ungerade zu sein, glauben wir auszusprechen zu dürfen, daß im Arbeitgeberlager sich Einflüsse treuzen werden, wovon manche dem Gedächtnis des Ausbaus der Tarifgemeinschaft nicht gerade förderlich sein werden. Dar: ringen noch

immer miteinander Anschauungen, die einerseits der Vergangenheit angehörend, andererseits den Zukunftsaufgaben geneigt sind. Das läßt sich aus mancherlei Anzeichen und Widersprüchen vermuten. Nun liegen aber die Dinge in Wirklichkeit so, daß die Zeiten längst vorüber sind, wo die Unternehmer Kollektive Arbeitsverträge grundsätzlich ablehnen konnten. Dazu steht ihnen die Macht, trotz aller Wahrung, die wir vor den Nachmitteln der Arbeitgeber und ihrer Vereinigungen haben. Die Einsicht der Arbeiter, daß sie einzeln nichts bedeuten, vereinigt aber zweifellos die Kraft besitzen, bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen ein Wort mitzureden — ist so tiefgewurzelt, daß dies Bewußtsein keine Unternehmermacht mehr auszurollen vermag. Wie andererseits die härteste Arbeitgeberverfassung nicht die Macht besitzt, die Arbeitgeber zu zwingen, aus ihren Vereinigungen auszutreten und einzeln sich mit der Gewerkschaft über die Arbeitsbedingungen zu verständigen. Es handelt sich also im Grunde genommen um gar keine freie Wahl mehr, ob sich die beiderseitigen Vereinigungen über Arbeitsbedingungen verständigen wollen oder nicht, sondern der Zwang dazu liegt in den gegebenen Verhältnissen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß noch zahlreiche Arbeiter außerhalb der Gewerkschaft und sogar der tariflichen Regelung ihrer Arbeitsbedingungen stehen und manche Arbeitgeber sich gleichfalls der tariflichen Gebundenheit entziehen. Es fragt sich nur, wie lange noch? Sicher ist, daß, wenn einmal die tarifliche Gebundenheit zur Regel für die Mehrheit und den wichtigsten Teil des Gewerbes geworden ist, dann liegt es auch unzweifelhaft im Nutzen beider veritaagschließenden Parteien, die Außenbeiter — die Wöhnhäuser, wie in zünftigen Zeiten der Ausdruck lautete — zur Anerkennung der Regel gegebenenfalls zu zwingen, wenn ihre Einsicht nicht weit genug reichen sollte, um einzusehen, daß zum Blühen eines Gewerbes, am es vor unliebsamen Erschütterungen zu bewahren, die Ordnung in Form von Tarif- und Arbeitsgemeinschaften notwendig ist.

Es dürfte nicht unangebracht sein, solche Meinungen hier zum Ausdruck zu bringen, obgleich sie nur alte Wahrheiten wiederholen und auf den Reiz der Neuheit keinen Anspruch erheben. Ueberflüssig sind sie deswegen aber keineswegs. Betrachten doch manche Arbeitgeberfreie beispielsweise die Arbeiterinnen noch als rechtsunfähig.

Hat doch jüngst die „Freie Vereinigung selbständiger Buchbinder und Stationenfabrikanten in Düsseldorf“ es ausdrücklich gutgeheßen, daß die Forderung unseres Verbandes für den Köln-Düsseldorfer Tarifbezirk, auch Teuerungszulagen für Arbeiterinnen festzulegen, von den Arbeitgebervertretern abgelehnt worden ist. Und unter diesen Vertretern waren nicht etwa bloß sogenannte „kleine Krauter“, sondern Buchdrucker-Prinzipale aus den größten Betrieben Rheinlands vorhanden. Solche Vorkommnisse befähigen das eingangs Gesagte, daß die tarifgemeinschaftsfremde Stimmung der Arbeitgeber meistens mit der Kräftigung der Arbeitergewerkschaft zu wachsen pflegt. Wie steht es aber in Rheinland-Westfalen mit der Zahl der organisierten Arbeiterinnen und mit den Vermögenen der Gehilfen zu ihrer Gewinnung für den Verband? Nun, von der Majorität — Düsseldorf macht freilich eine erfreuliche Ausnahme — kann man durchaus sagen: „Sie fliegen ein, sie fliegen aus, grad' wie in einem Wienerhaus.“ Und daß unsere Kollegen schon Blutblasen im Gehirn oder Derzkämpfe wegen allzu großer Heberanstrengung bei der Gewinnung und Erhaltung weiblicher Mitglieder bekommen hätten, ist uns nach nicht berichtet worden. Von einigen ruhmvoller Ausnahmen abgesehen, hat man in Rheinland-Westfalen die Bedeutung der Kolleginnen für den Aufstieg der Arbeiterchaft noch nicht erkannt.

Vergesse man daher niemals: die Reichstarifgemeinschaft wird kein Kunstgewächs sein, sondern muß ihren Nährboden in gereiften Anschauungen der beteiligten Gewerbetreife finden.

Ferien!

Ueber dieses Thema wurde vor Kriegsausbruch viel geredet und geschrieben. Auch unsere „Buchbinder-Zeitung“ hat darüber treffliche Artikel gebracht. Und die Firmen fast sämtlicher Zählstellen unseres Verbandes, die ihrem Personal oder einem Teil desselben je nach Beschäftigungsdauer Ferien gewährten, wurden laufend veröffentlicht. Und jetzt?

Vergebens wird man in unserem Organ nach Ausführungen darüber suchen. Ist der Raum derselben so knapp, daß eine so bedeutungsvolle Forderung der durch die moderne Technik besonders angelehnt fürberichtig und geistig Tätigen nicht behandelt werden konnte? Oder sind unsere Betrachter und leitenden Kollegen anderen Sinnes geworden? Fast scheint das letztere der Fall zu sein. Denn in den während des Krieges eingehendsten und den bewilligten Forderungen sucht man vergebens nach dem Wort „Ferien“.

Und doch hat gerade der Krieg durch intensive Ausnutzung der Arbeitskraft und durch die Erziehungswirtschaften allgemein die Gesundheit der Arbeiter so nachdrücklich beeinträchtigt, daß eine Erholungsperiode in Form von Ferien jetzt nötiger ist als je. Auch die Berichte von Ärzten und Krankenpfassern bestätigen dies. Es wäre deshalb hohe Zeit, nachdrücklich die alte Forderung zu erheben. Und wie früher müßten die Firmen bekanntgegeben werden, die durch Bewilligung von Ferien die Einsicht bekräftigen, daß auch ihre Arbeiter Erholungsbedürftig sind. Die Prinzipale selbst und ihre Beamten verzichten ja auch nicht (ausgenommen das eine Kriegsjahr) auf eine längere Arbeitspause zur Stärkung ihrer Gesundheit, obwohl dieselben finanziell in der Lage sind, sich außer den allgemein zugewiesenen Lebensmitteln noch genügend Zuschüsse zu ihrer besseren Ernährung zu verschaffen und damit ihren Körper widerstandsfähiger machen.

Welche Zeit es angebracht, diese Anliegenheit statinlich aufzunehmen und in dem Jahresbericht unseres Verbandes zu veröffentlichen außer den laufenden Bekanntmachungen der neu hinzugekommenen Firmen in der „Buchbinder-Zeitung“. Ob.

Nachschrift der Schriftleitung: Wir haben unsere Ansichten über den Nutzen der Ferien nicht gewandelt, stimmen vielmehr diesbezüglich mit dem Einsender überein und veröffentlichen sein Eingekannt daher gern.

Arbeiter und Angestellte im neuen Preussischen Herrenhaus.

Das Dreiklassenparlament gelangte am 6. Mai zur Berberatung der Kommissionsbeschlüsse über die „Vorläufe zum Herrenhaus“, oder wie es förmlich heißen soll: zur Ersten Kammer. Die Paragrafen 1a, 2 und 3 der Beschlüsse betreffen das „Recht“ der „geborenen Herren“ (Königliche Prinzen, ehemalige Reichsunmittelbare, Fürsten, Grafen, „Herren“ und „Gehilfen“), lebenslänglich der Ersten Kammer als Mitglieder anzugehören. Dieses vorinsinulliche „Recht“ soll in das „neuorientierte Preußen“ hinübergeschleppt werden. Der Paragraf 4 bestimmt, obann die „Berufsständigen“ Mitglieder, die von „berufsständigen“ Vorschlagskörpern für 12 Jahre dem König zur Berufung vorgeschlagen werden sollen. Würden diese Paragrafen Gesetz, dann bestände in der Ersten Kammer eine Hauptgruppe von wenigstens 175 Mitgliedern, die als Vertreter des Großagariertums anzusprechen sind. Die zweite Hauptgruppe umfaßt dann 72 Industrie- und Handelsunternehmer, die dritte 48 Repräsentanten der Großstädte (mehr als 50.000 Einwohner); hierzu 24 Vertreter der Kleinstädte und Landgemeinden. Das „Handwerk“ erhielt 18 Kammermitglieder zugewilligt, die gesamte Arbeiterschaft nur 16 und die gesamte Angestelltenchaft nur 12 Vertreter!

Die Regierungsvorlage sah bezeichnenderweise gar keine Vertreter des Handwerks, der Arbeiter und Angestellten vor! Der Minister erklärte, es bestände die Absicht, von den Kammermitgliedern, die der König nach freiem Ermessen und in unbeschränkter Zahl berufen könne, dem Handwerk, den Arbeitern und Angestellten eine „entsprechende“ Zahl zuzulassen. Das sozialdemokratische Kommissionsmitglied, Abg. Dirich (Berlin), beantragte die Berufung von 111 Arbeitervertretern. Der Antrag wurde statt abgelehnt. Schließlich wurden mit 16 und 16 den Arbeitern ganze 16, den Angestellten ganze 12 Mitglieder der Ersten Kammer zugewilligt.

Bei der Beratung im Plenum, am 6. Mai, beantragte die sozialdemokratische Fraktion 48 Arbeiter- und 24 Angestelltenvertreter. Die Volkspartei schlug 36 bzw. 24 vor. Abg. Hue begründete den sozialdemokratischen Antrag zunächst mit dem zahlenmäßigen Nachweis der in Betracht kommenden gewaltigen Arbeiter- und Angestelltenmassen.

Der Zentrumsabgeordnete Arbeitersekretär Gronowski (Dortmund) erklärte auch, daß die Beschlüsse der Kommission Arbeiter und Angestellten nicht gerecht geworden sei. Er halte den sozialdemokratischen Antrag durchaus nicht für zu weitgehend; er würde für ihn, wie in der Kommission, gern stimmen. Um aber eine Mehrheit zu erzielen, schlage er vor, sich auf den Antrag der Volkspartei zu einigen. Gronowski rebete dann den Konservativen und Nationalliberalen eindringlich zu, doch den Arbeitern und Angestellten mehr entgegenzukommen. Die Stim-

mung der Waffe sei doch wirklich schon gereizt genug. Sie habe im Kriege viel gelitten und müsse noch viel leiden. Das in Kreuzen besonders hervortretende „Parvenütum“ müsse mehr zurücktreten. Der Geist der Einigkeit und Verständigung müsse vorwalten, wenn wir zum guten Ende kommen sollten.

Die Abstimmung zeigte, daß auch dieses dringliche Forderung eines christlich-nationalen Arbeiterabkommens an dem volkrechtlichkeitslichen Modus abprallte. Nicht nur der sozialdemokratische, sondern auch der volksparteiliche Antrag wurde von der Mehrheit, die sich aus Konservativen, Freikonservativen, fast allen Nationalliberalen und einer kleinen Gruppe Zentrumslenten zusammensetzte, abgelehnt! Somit sind für die Millionenmasse der Arbeiter nur ganze 16, für die nach vielen Hunderttausenden zählenden Angestellten nur ganze 12 Vertreter in der „neu-orientierten“ Ersten Kammer Preußens vorgesehen. Die Reaktion lacht weiter.

Für unsere Frauen.

Warnung vor unzuverlässigen Unternehmen. In der Zeitschrift „Soziale Kriegshinterbliebenenfürsorge“ vom 15. Februar 1918 wird folgendes Rundschreiben des Kriegsministeriums vom 15. Februar 1917 veröffentlicht:

„In der Presse erscheinen öfters Mitteilungen usw., durch die hauptsächlich Kriegswitwen aufgefordert werden, sich an irgendeinem Unternehmen oder einem Lehrkursus zu beteiligen. Die sich hieraus ergebenden Verdienstmöglichkeiten werden vielfach als sehr ausgiebig dargestellt. Meistens tragen diese Unternehmen Namen oder Bezeichnungen, die den Anschein erwecken, als ob es sich um Wohltätigkeitsunternehmen oder soziale Fürsorge für Kriegshinterbliebene handelt. — Den Kriegshinterbliebenen wird in ihrem eigenen Interesse dringend geraten, sich vor Beteiligung an irgendeinem Unternehmen oder Lehrkursus usw. zunächst bei der örtlichen amtlichen Fürsorgestelle oder bei der Geschäftsstelle des lokalen Bezirks der Nationalfürsorge für die Hinterbliebenen der im Kriege Gebliebenen in Berlin W. 30, Münchener Straße 49, über die Geeignetheit des betreffenden Unternehmens zu erkundigen.“

Die amtlichen Fürsorgestellen werden ergebensucht, die Kriegshinterbliebenen in geeigneter Weise hierauf aufmerksam zu machen.“

Es ist dringend zu wünschen, daß die Frauen, die sich für einen Beruf vorzubereiten wollen, nicht so vertrauensig auf jedes Angebot hereinfallen, das ihnen nach Anwendung geringer Geldmittel guten und dauernden Verdienst in Aussicht stellt. Nicht selten handelt es sich dabei um Ausgaben für Stiefapparate. Den Aufgaben der Annoncen kommt es aber nur darauf an, ihre Apparate und das dazu gehörende Handwerkszeug, deren sachlicher Wert in keinem Verhältnis zum Preise steht, loszuwerden. Die übernommene Verpflichtung zur Abgabe von Arbeit wird unter Vorwand nicht erfüllt. Vorsicht gegenüber solchen Anzeigen ist also am Platze.

Die Zunahme der weiblichen Mitglieder im Holzarbeiterverband. Der Holzarbeiterverband hat im Jahre 1917 eine Zunahme von insgesamt rund 22 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Seine Mitgliederzahl erhöhte sich damit von 68 240 Ende 1916 auf 90 237 Ende 1917. Die Bewegung seiner weiblichen Mitglieder wird durch folgende Zusammenstellung beleuchtet: 1913: 7470, 1914: 6234, 1915: 5770, 1916: 5172, 1917: 18 456.

Das reut zum Vergleich mit unserer weiblichen Mitgliederbewegung an. Wir zählten Ende der nachfolgend angegebenen Jahre weibliche Mitglieder: 1913: 16 360, 1914: 14 674, 1915: 11 183, 1916: 11 039, 1917: 14 746. Also unsere weibliche Mitgliederzahl stand gegenüber Ende 1918 am Schlusse des Jahres 1917 noch um 1814 zurück. Woher kommt das? Bestimmte Antwort läßt sich hierauf nicht erteilen. Wahrscheinlich ist aber die Zahl der weiblichen Beschäftigten gegenüber der Friedenszeit zurückgegangen und die überflüssig gewordenen sind in andere Berufe abgewandert. Immerhin wird es dringende Aufgabe aller unserer Ortsvereine sein müssen, nachzuforschen, wo noch unorganisierte weibliche Berufsangehörige sind, um sie möglichst schnell unserm Verbande anzuführen. Besonders ist hierbei die Mitwirkung der Verbandskolleginnen notwendig.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik. Bei der Berichterstattung an das Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der deutschen Fachverbände wurden an dem für den Monat April in Betracht kommenden Stichtag — dem 27. April — durch unsere Organisation in 106 berichtenden Gauen und Zahlstellen mit 5703 männlichen und 14 647 weiblichen, zusammen 20 350 Mitgliedern, 29 männliche und 241 weibliche am Ort befindliche, sowie 5 männ-

liche durchziehende, insgesamt also 275 arbeitslose Mitglieder festgestellt.

Die Bewaltung der Zahlstelle Hanau hat trotz erfolgter Wahrung die Verichtsart nicht eingeleitet, so daß die dortigen 7 männlichen Mitglieder an diesem Ergebnis nicht beteiligt sind.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,6, bei den weiblichen 1,6 und bei beiden zusammen 1,1 Arbeitslose. Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern in den Vormonaten, sowie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre, ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Sonntag am Ort u. auf der Reise befindlich			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
				1917		1916	1915		
	m.	w.	auf.	m.	w.	auf.	m.	w.	auf.
1917									
April	84	364	398	0,7	3,2	2,4	5,1	10,0	
Mai	80	277	307	0,6	2,4	1,8	5,2	10,4	
Juni	18	230	248	0,4	1,9	1,4	5,2	10,3	
Juli	81	267	301	0,8	2,1	1,7	5,3	10,7	
August	25	247	272	0,5	1,9	1,5	4,5	9,7	
September	24	257	281	0,5	2,0	1,6	4,1	9,5	
Oktober	25	220	245	0,5	1,6	1,3	3,9	8,4	
November	22	215	237	0,4	1,5	1,2	3,0	7,4	
Dezember	50	253	303	0,9	1,8	1,5	2,5	6,2	
1918									
Januar	81	208	324	0,6	2,0	1,6	2,5	6,3	
Februar	27	251	278	0,5	1,7	1,4	2,3	6,5	
März	15	270	285	0,3	1,8	1,4	2,1	5,4	
April	84	241	275	0,6	1,6	1,4	2,4	6,1	

Der Verband Deutscher Buchbindervereine sucht einen Geschäftsleiter. Im Vorhinein Angelegte lesen wie folgende Anzeige:

„Geschäftsleiter! Zur Leitung der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes wird eine im Buchbinderfach erprobte Persönlichkeit gesucht, die schrift- und redigend, im Berechnungsweise für Buchbindereien bewandert ist und bereits eine leitende Stellung im Fach mit Erfolg bekleidet hat. Geeignete Herren, auch Kriegsbeschädigte, wollen Offerten mit Referenzen einreichen an den Vorsitz unseres Verbandes, Leipzig, BuchgewerbehauS, Verband Deutscher Buchbindervereine.“

Diese Ausschreibung kommt uns nicht überraschend und hätte eigentlich schon viel früher erfolgen müssen. Denn auf die Dauer lassen sich die immer umfangreicher werdenden Geschäfte eines Arbeitgeberverbandes nicht im Nebenamt von einem Syndikus besorgen, der noch andere Vertretungen hat. Wir wünschen, daß der geschulte Geschäftsleiter genügend soziales Verständnis für die Bedürfnisse unseres Gewerbes und die Regelung der Arbeitsbedingungen mitbringt, weil davon viel abhängt, ob künftig Krieg oder Frieden zwischen den Parteien der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrschen wird.

Teile Dividenden zahlt die Graphische Anstalt G. Gumbach A.-G. in Wiesbaden, nämlich 347 000 Mk. (gegen 256 400 Mk. im Vorjahre), aus dem eine Dividende von 12 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre verteilt wird. Die Löhne und Arbeitsverhältnisse sind nicht so günstig wie die Dividenden, was zum guten Teil mit an den in der Firma Beschäftigten liegt, die der gewerkschaftlichen Organisation nicht die nötige Vertikalisierung entgegenbringen und nicht so solidarisch zusammenhalten, wie es sein müßte.

Empfehlung an die christlichen Kollegen, sich dem Buchbinderverbande anzuschließen. Wie aus einem Eingangsbrief eines christlichen Kollegen aus Freiburg i. Br. an die „Christlichen Stimmen“ hervorgeht, hat der Verband Deutscher Buchbindervereine auf ein Gesuch einer süddeutschen Zahlstelle des christlichen Verbandes, diesem Sitz und Stimme im Tatsamt zu verleihen, den Rat erteilt, die Geschäftsstelle möchten sich dem Buchbinderverbande anschließen. Dieser Rat paßt zwar dem christlichen Kollegen nicht, allein im Interesse der Durchführung einer Reichstärkengemeinschaft wäre die Befolgung des Rates durchaus angelegentlich.

Internationales.

Oesterreich. Vereinbarungen für die Ubergangswirtschaft im Wiener Buchbindergewerbe sind zwischen der Ortsgruppe Wien unseres österreichischen Bruderverbandes und dem Verein der Buchbindermeister des Wiener Genossenschaftsbezirks getroffen worden. Sie betreffen erstens die Wiedereinstellung der aus dem Felde heimkehrenden Gehilfen, wobei einleitend festgesetzt wurde:

„Es gilt der Grundsatz, daß die aus dem Kriege zurückkehrenden Gehilfen, ob kriegsbeschädigt oder nicht, in den Betrieben wieder aufzunehmen sind, in denen sie zuletzt gearbeitet haben.“

Ferner wird bestimmt:

„Der Lohn für die nach der Woche beschäftigten Kriegsbeschädigten wird zwischen der Geschäftsleitung und dem Gehilfen vereinbart. Ergehen sich bei der zu treffenden Vereinbarung Meinungsverschiedenheiten, so ist die Angelegenheit unter Vorlage der Belege einem paritätischen Ausschuss, der aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern gebildet wird, oder einem Tarifschiedsgericht zu unterbreiten. Bei Feststellung des Lohnes ist die Invalidenrente außer Betracht zu lassen; die Lohnfestsetzung hat daher nur auf Grund der tatsächlichen Leistung zu erfolgen.“

Zur Vermittlung der Arbeitskräfte wird so dann ein paritätischer Arbeitsnachweis vorgesehen, der jedoch bei Streiks und Aussperrungen seine Tätigkeit einzustellen hat, was einer alten Arbeiterforderung entspricht. In den bezüglichen Bestimmungen heißt es aber andererseits:

„Arbeitslose, die deshalb entlassen werden, weil sie für die Einhaltung des zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossenen Tarifvertrags gewirkt haben, sind in erster Linie nach Möglichkeit zu berücksichtigen.“

Die skandinavischen Gewerkschaften im Jahre 1917. Die gewerkschaftlichen Landeszentralen der drei skandinavischen Länder hatten im vergangenen Jahre einen sehr großen Aufschwung zu verzeichnen. In Schweden stieg die Anzahl der Mitglieder von 140 812 auf 186 146. Das ist eine Zunahme von 45 334 oder 39,2 Proz.

Der vereinigte Gewerkschaftsbund Dänemarks erhöhte seine Mitgliederzahl von 150 522 auf 179 284, darunter 28 776 Frauen. Die Zunahme beträgt 28 762 Mitglieder. Die Zentrale umfaßte beim Jahreswechsel 53 Verbände mit zusammen 1674 Gewerkschaftsvereinen, davon 208 neugegründete.

Die gewerkschaftliche Landeszentrale Norwegens hatte einen Zuwachs von rund 14 000 Mitgliedern. Die Gesamtmitgliederzahl stieg von 79 000 auf 93 000. Trotz der großen Zahl der Lohnbewegungen — 550 mit insgesamt über 65 000 Arbeitern — brauchten nur zirka 3000 Arbeiter in 44 Fällen zur Arbeitseinstellung zu greifen.

Rundschau.

Aus dem Wirtschaftskreis unserer Feinde. Es ist von Zeit zu Zeit nicht ohne Interesse und namentlich im Hinblick auf die kommende Uebergangswirtschaft von Wichtigkeit, einen Blick in die Länder unserer Feinde zu werfen, um festzustellen, wie sich dort das Wirtschaftsleben gestaltet. Da sehen wir zuerst, daß auch die Papierindustrie und die von ihr abhängigen Gewerbe mit genau den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie bei uns. Aus der Veröffentlichung einer französischen Zeitung „Bulletin“ geht hervor, daß die Papierpreise in den feindlichen Ländern erheblich gestiegen sind, und daß es auch dort schwierig ist, Rohstoffe für die Papierherzeugung zu erhalten. Für Frankreich begannen diese Schwierigkeiten im Augenblick, da Schweden die Ausfuhr seiner chemischen Holzmasse verbot. Die Regierung, so heißt es, „hat zwar Maßnahmen getroffen, den Papierverbrauch zu beschränken, aber die Versorgung mit Rohstoffen gestaltet sich immer schwieriger, denn zur Ueberseebeförderung gehört viel Frachtraum, der notwendigerweise dem Transport von Lebensmitteln und Waren zur nationalen Verteilung vorbehalten bleiben muß.“ In Großbritannien war eine allgemeine Preissteigerung für Papier zu verzeichnen, die Einfuhren von Papier sind sehr zurückgegangen (von 645 000 Tonnen im Jahre 1913 auf 135 000 Tonnen im Jahre 1915); die englische Papierausfuhr sank von 175 000 Tonnen auf 46 000 Tonnen. Selbst Amerika, das nicht auf den überseeischen Transport angewiesen ist, da es seine Holzmasse in der Hauptsache aus Kanada bezieht, hatte mit Schwierigkeiten wegen des gesteigerten Verbrauchs von Zeitungspapier zu kämpfen und mußte seine Papierherzeugung unter Regierungskontrolle stellen.

Eine glückliche Ausnahme scheint nur Japan zu machen, das sich immer mehr zu einem gefährlichen Konkurrenten für Europa auch auf anderen Gebieten entwickelt. Japans Papierherzeugung reichte vor dem Kriege nicht für den eigenen Bedarf aus und führt jetzt, wie eine schwedische Exportzeitung mitteilt, bedeutende Mengen nach dem Orient und anderen früher von Europa versorgten Plätzen aus. Der Wert der Ausfuhr habe im Jahre 1916 12 000 000 Yen betragen, im Jahre 1917 18 000 000 Yen; seit dem Jahre 1915 wäre eine Steigerung von 250 v. H. eingetreten. — Nebenbei sieht es mit der japanischen Stahlindustrie aus, die früher hauptsächlich durch die Einfuhr aus Deutschland und Amerika gedeckt wurde, und sich jetzt derartig entwickelt hat, daß ein Ausfuhrüberschuß vorhanden ist.

Die Zahl der Arbeiter Groß-Berlins wurde amtlich des letzten politischen Streiks auf 700 000 angegeben, nach einer den Wochenberichten des Ver-

iner Statistischen Amtes entnommenen Statistik des „Korrespondent“ sollen aber in Groß-Berlin am 19. Januar 1918 nicht weniger als 1336 699 Arbeiter und Arbeiterinnen als Kranke in Krankenhäusern vorhanden gewesen sein, so daß die obige Zahl eine viel zu geringe Schätzung bedeutet.

Unabhängige Kriegsanzleihe-Beizner. Die Mitteilungen der sozialdemokratischen Parteiorganisation für Groß-Berlin weisen auf die erheblichen Kriegsanzleihe-Zeichnungen hin, welche in den Fabriken erzielt wurden, die als Hauptstützpunkte der Unabhängigen gelten. So haben z. B. die Arbeiter auf dem Flugplatz Johannistal zu der jüngsten Kriegsanzleihe 12 Millionen Mark aufgebracht, wobei sich die Dreher besonders hervortaten. Der Betrag wirkt um so imposanter, als insgesamt nur 15 000 Arbeiter und Angestellte in Frage kommen, also pro Kopf 800 Mk. Manche Arbeiter lassen sich dort bis zu 50 Mk. die Woche abziehen, nur um ihr Scherlein auf dem Altar des Vaterlandes für Deutschlands Sieg opfern zu dürfen. Aber die Arbeiter anderer Betriebe bleiben nicht hinter den unabhängigen Patrioten vom Flugplatz zurück. Die Arbeiter der Turbinenfabrik der A.G. zeichneten 150 000 Mk., auch die „Drahtlose“ Telegraphie in Treptow erzielte einen hohen Betrag.

Diese Vorgänge sind allerdings sehr lehrreich, indem sie wieder einmal bezeugen, wie wenig die wirklichen Massen der Arbeiterchaft in der Praxis der unabhängigen Ideologie folgen. Wir finden das Verhalten der bezeichneten Arbeiter für richtig und lobenswert. Denn wer den Sieg Deutschlands als eine Notwendigkeit für dessen Zukunft und die wirtschaftliche Zukunft seiner Arbeiterchaft will, der muß auch bereit sein, nach Kräften die nötigen Mittel dafür anzubringen. Das ahnen die deutschen Arbeiter in ihrer Masse, trotz alles gegenteiligen Geredes, sehr wohl. Daher ihr Anteil an den Kriegsanzleihen. Wierförmig ist es dann aber auch, wenn man den Gewerkschaften die Anlage eines Teils ihrer Gelder in Kriegsanzleihen verweigert. Doppelt widerförmig auch aus dem weiteren Grunde, weil ihre Gelder, wenn sie in Banken oder Sparkassen ruhen oder in Wertpapieren angelegt worden sind, gleichfalls sehr wohl zu Kriegsanzleihen verwandt werden können, ohne daß sie es im geringsten verhindern können. Der einzige „Vorteil“ für das Seelenheil der Arbeiterchaft dabei besteht darin, daß sie nicht selbst den schönsten Gewinn aus den höheren Zinsen der Kriegsanzleihen zieht, sich vielmehr oftmals mit 1/2 oder 2 Proz. begnügen muß, sondern daß die Herren Kapitalisten in aller Seelenruhe die mehr als 5 Proz. Zinsen der Kriegsanzleihen einladen. Sie mögen sich deshalb vielfach heimlich der „Kesselfaltung an alten Grundfäden“ bei der Arbeiterchaft — oder, richtiger

gesagt — bei jenem Keinen, aber lauten Teil der Arbeiterchaft, der sich unentwegt für den zielbewußten und überzeugungstreuesten hält, freuen, der ihnen so schöne Profite ermöglicht.

Forderungen der Warschauer Buchdrucker. Die „Deutsche Warschauer Zeitung“, die uns ein dort augenblicklich befindlicher Lehrender Kollege zuwendet, schreibt darüber:

„Vom polnischen Verband der Drucker und verwandter Berufe erhielt die „Godynia Polska“ den neuen Lohnstarif, der vom 21. Mai 1918 ab maßgebend sein soll. Darin ist vorgesehen achttündige Arbeitszeit, in der Nacht sieben Stunden, sowie ein wöchentlicher Mindestlohn von 120 Mk. für alle gelehrten Arbeiter, für Angestellte mit höheren Löhnen ein Zuschuß von 60 Mk. wöchentl. für Hilfspersonal und Lehrlinge 100 Proz. Lohnhöhung, für Seher für je 1000 Schriftzeichen 2,40 Mk.

Für Ueberstunden bei Akkord- und Lohnarbeiten sind für die ersten drei Stunden 50 Proz. und für die nächsten 100 Proz. Zuschlag zu zahlen. An Sonn- und Feiertagen wird der Arbeiter in der Druckerei nach dem vollen Tagelohn bezahlt.

Jeder Maschinist muß auf einer Maschine arbeiten, für die das erforderliche Hilfspersonal zu stellen ist.

Maschinisten bei Maschinen mit Anlageapparaten erhalten einen Zuschuß von 15 Mk. wöchentl. Die an Notationsmaschinen für Tageszeitungen, die täglich erscheinen, selbständig arbeitenden Maschinisten 150 Mk. wöchentl.; bei einmaligem Erscheinen der Zeitung beträgt der Lohn 150 bis 125 Mk. Für Hilfspersonal sind 50 Proz. Lohnzuschlag zu entrichten.

Die Beauftragten der Arbeitnehmer in der Druckerei sind als Vertreter des Verbandes anzuerkennen, das Personal ist durch Vermittlung des Arbeitsvermittlungsbureaus beim Verbande anzunehmen, die Entlassung hat im Einverständnis mit dem Beauftragten zu erfolgen. Krankliche und Kranzhilfe ist auf Kosten der Druckerei zu leisten. Der Lohn ist während der Krankheitszeit im ersten Monat in voller Höhe und für die nächsten Monate in der halben Höhe sowohl für Lohn- als auch für Akkordarbeiter weiterzuzahlen.

Arbeitern, die mehr als 6 Monate in einer Druckerei arbeiten, steht ein zweimonatlicher bezahlter Urlaub zu. Beobachtung gesundheitlicher Arbeitsbedingungen in der Druckerei, Stellung von Handlud und Seife für jeden Arbeiter, bei Tageszeitungen 10 Proz. Zuschlag für den Nachdienst sowie Abschaffung der Ausgaben nach Feiertagen sind die übrigen Punkte des Tarifs.“

Weitere Ausgestaltung der Volksfürsorge. Das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung hat dem Vorstande der Volksfürsorge die Einführung eines neuen Tarifs Ia mit monatlicher Prämienzahlung und der Höchstversicherungssumme von 2000 Mk. genehmigt. Weiter hat das Amt dem Antrage des Vorstandes entprochen, für alle seither bestehenden Tarife den Höchstbetrag der Versicherungssumme von 1500 Mk. auf 2000 Mk. zu erhöhen.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Bielefeld. B.: S. Hergt, Eggeweg 49. K.: A. Brinkhoff, Alfenstr. 32 III.
Duisburg-Muhrort. B. u. K.: S. Häfer, Duisburg, Sternbergweg 73.

Literarisches.

Karl Marx und die Gewerkschaften von Hermann Müller. Berlin 1918. Verlag für Sozialwissenschaft. Preis 4 Mk., geb. 5 Mk. Diese kleine Schrift ist vorzüglich dazu geeignet, einen Ueberblick über die Gedanken Marx' über die Gewerkschaften und seine Beziehungen zu denselben zu geben. In kritischen und erläuternden Bemerkungen weist Müller auf die Zeitverhältnisse und Umstände hin, unter denen Marx dies oder jenes über die Gewerkschaften geschrieben oder gesprochen hat. Soviel steht fest, daß Marx den Gewerkschaften eine hohe Bedeutung für den Befreiungskampf der Arbeiter beilegte. Trotzdem sind auch dem Genie Marx Urteile unterlaufen, die wir nicht für richtig halten und die er wahrscheinlich nicht mehr aufrechterhalten würde, wenn er noch unter uns weilte. Doch mögen die Leser selbst prüfen, was Müller in geschickter Zusammenstellung aus Marx' Schriften und Briefen über die Gewerkschaften zusammengetragen hat.

Georg Wegener. Der Ball von Eisen und Feuer. Zweiter Teil: Champagne—Verdun—Somme. 160 Seiten mit 32 Abbildungen. Leipzig: F. A. Brockhaus. Geh. 1,50 Mk.

„Gegen die Ungerechtigkeit der Welt können wir ebensovienig an, wie gegen ihre Lügen,“ mit diesen Worten schließt Wegener das letzte Kapitel seines Buches; „wir wollen uns aber wenigstens selbst dessen bewußt sein, was deutsche Vegerierungskraft zustande bringt. Wir sind es den Männern hier draußen schuldig, daß wir wenigstens wissen, was sie tun!“ In diesem Sinne ist das Buch geschrieben, und wer da wissen will, was unsere heldenmütigen Väter dort auf den blutgetränkten Schlachtfeldern des Westens geleistet haben, dem können wir Wegeners Buch warm empfehlen.

Zahlstelle Mannheim-Ludwigs-hafen.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 25. April unser lang-jähriges Mitglied, der Kollege **Johann Wolfgang Wagner** kurz vor seinem 25-jährigen Verbands-Jubiläum nach längerer Krankheit im Alter von 67 Jahren verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Eisenberg.

Am 5. Mai starb nach langem schweren Leiden unser Kollege, der Buchbinder **Craugott Ballstädt** im Alter von 68 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Ortsverwaltung.

Unserem langjährigen Vorsitzenden **Geinrich Lange** nebst seiner lieben **Ida** die

herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit.

Mögen ihnen noch viele Jahre angetrübten Zusammenlebens beschieden sein.
Dresden, Pfingsten 1918.
Der Vorstand
der Zahlstelle Dresden.

Zahlstelle Zeitz.

Am 5. Mai d. J. starb nach 18-jähr. Mitgliedschaft unser fröhlicher langjäh. Kassierer, Kollege **Otto Kleber** im 40. Lebensjahr. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Der Vorstand.

Linierer

für Rollenmaschine
in dauernde Stellung sucht
Winkelmann, Berlin, Hausvogteipl. 11 a.

Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser

für dauernde Beschäftigung gesucht.
**Julius Hager, Großbuchbinderei,
Leipzig, Breitkopffstr. 9.
Etuisarbeiter**
für alle Arbeiten sofort für dauernd bei
hohem Lohn gesucht.
**W. Hoffmann, Etuis-Fabrik,
Berlin, Unterwasserstr. 9a.**

J. Stellmacher, Christbaumschmuck-Fabrik, Steinheid S.-M.

offert

Staniollamettaersatz

ca. 5 u. 10 g Inh. Mk. 16,—, bzw. Mk. 30,— p. 0/0, ferner freibleibend

Feenhaar

ca. 10 g Inh. Mk. 50,— p. 0/0. Netto Kassa gegen sofortige Bestellung.
Bei größeren Posten Rabatt.

Zur Leitung unserer **Vichpausanlagen** verbunden mit Buchbinderei und Druckerei suchen wir eine auf diesem Gebiete

erfahrene Persönlichkeit

die imstande ist, den ganzen Betrieb selbständig zu leiten und die vorhandenen Einrichtungen auf das Beste auszunutzen. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an

„Hanomag“, Hannover-Linden

Postfach 55.

Zahlstelle Berlin.

Das Bureau bleibt **Sonnabend, den 18. Mai, und
Dienstag, den 21. Mai d. J.,** von mittags 1 Uhr ab geschlossen.

Die Ortsverwaltung.